

Tiefe Löhne und Renten entlasten: 18-Punkte-Massnahmen-Plan

Kaufkraft stärken und Perspektiven schaffen

1. Strukturelle Lohnerhöhungen zugunsten tiefer Löhne

Die ansteigenden Konsumentenpreise – insbesondere die höheren Energie- und Nahrungsmittelpreise – belasten Haushalte mit tiefen Einkommen deutlich stärker als solche mit hohem Einkommen. Deshalb braucht es neben dem Teuerungsausgleich strukturelle Lohnerhöhungen. Der Teuerungsausgleich soll zudem in Frankenbeträgen gewährt werden und nicht prozentual.

2. Das Zeitalter der «Frauenbranchen» und «Frauenlöhne» endlich beenden

Mehrheitlich von Frauen besetzte Branchen sind deutlich stärker von strukturell tieferen Löhnen betroffen. Die Armutsquote liegt bei den erwerbstätigen Frauen dementsprechend doppelt so hoch wie bei Männern. Gleichzeitig besteht eine bedeutende Lohndiskriminierung von über 8 Prozent fort. Gleichberechtigung erfordert ein Ende der Lohndiskriminierung und eine Gleichstellung bei den Branchenlöhnen. Das Ziel ist klar: Es darf keine Tieflohne mehr geben, weder für Frauen noch für Männer. Neue Entscheidungen des Bundesgerichts führen zu einer Abschaffung der Vorsorgeehe bzw. der lebensprägenden Ehe. Die Konsequenzen sind weitgehend und erfordern ein grundsätzliches Umdenken. Die Idee einer Zweitverdienerin oder von «Frauenlöhnen» in «Frauenbranchen» müssen der Vergangenheit angehören.

3. Voller Lohn bei voller Arbeitsbelastung

Teilzeitarbeit ist in der Schweiz weit verbreitet. Gleichzeitig gibt es immer mehr Berufe, in welchen die Bewältigung der Arbeitsbelastung nur in einem Teilzeitpensum möglich ist. Entsprechend sind die maximal möglichen Löhne Tieflohne, auch wenn auf ein 100%-Pensum kein Tieflohn resultieren würde. Grundsätzlich muss es deshalb entweder möglich sein, die Arbeitsbelastung in einem Vollzeitpensum zu bewältigen oder die Arbeitszeit muss entsprechend reduziert werden bei gleicher Entlohnung.

4. Normalarbeitsverträge rasch an die Teuerung anpassen und entsprechend den Produktivitätsgewinnen erhöhen

Normalarbeitsverträge sind in Branchen vorgesehen, in welchen regelmässige Verstösse gegen die ort-, berufs- und branchenspezifischen Löhne festgestellt wurden. Sie haben aktuell auf regionaler Ebene eine grosse Bedeutung als untere Grenzen für die Löhne in einzelnen Branchen.

Die Normalarbeitsverträge müssen rasch an die Teuerung angepasst und entsprechend den Produktivitätsgewinnen erhöht werden.

5. Kantonale Mindestlöhne rasch an die Teuerung anpassen

In fünf Kantonen der Schweiz bestehen Mindestlöhne (TI, GE, JU, NE, BS). Diese sollen rasch der Teuerung angepasst werden, um den sozialpolitischen Minimallohn zu sichern. Die kantonalen Mindestlöhne sind insbesondere für Branchen bedeutend, welche keinem Gesamtarbeitsvertrag unterstehen.

6. Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen erleichtern

Gesamtarbeitsverträge (GAV) regeln die Arbeitsbedingungen auf betrieblicher Ebene, unter Beteiligung mehrerer Unternehmen oder allgemeinverbindlich für eine ganze Branche. Damit eine solche Allgemeinverbindlichkeit möglich ist, muss ein bestimmter Anteil an Arbeitgebenden an einem GAV beteiligt sein. Dieses Arbeitgeberquorum muss jetzt gesenkt werden und dadurch eine einfachere Allgemeinverbindlichkeitserklärung ermöglichen. Zudem muss die EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne, auf welche sich EU-Gremien im Juni geeinigt haben und mit welcher Gesamtarbeitsverträge gefördert werden sollen, auch in der Schweiz umgesetzt werden.

7. Sonderfall Tessin abschaffen

Das Tessin wird immer noch häufig als eigene Region mit tieferem Lohnniveau eingestuft. Studien zeigen jedoch, dass dies aufgrund der Lebenshaltungskosten nicht gerechtfertigt ist. Das Tessin ist keine besonders günstige Region für Arbeitnehmende. Hingegen bezieht jede vierte Tessinerin und jeder vierte Tessiner einen Tieflohn.

8. Perspektiven schaffen: Validierung, Berufsabschluss, Weiterbildung

Arbeitnehmende ohne nachobligatorische Ausbildung haben heute die Möglichkeit ihre Bildungsleistungen zu validieren, verkürzt einen Berufsabschluss zu machen oder direkt eine Lehrabschlussprüfung zu absolvieren. Heute haben 500'000 Personen im Erwerbsalter keinen nachobligatorischen Berufsabschluss. Es braucht deshalb einen vereinfachten Zugang, eine Ausdehnung des Angebots und eine stärkere Förderung mit Beratung, Begleitung und finanzieller Unterstützung. Auch in Branchen mit tieferen Löhnen braucht es für die Arbeitnehmenden langfristige Berufsperspektiven und eine grössere Verhandlungsmacht. Dafür müssen Grundausbildungen gefördert und der Anschluss an das Weiterbildungssystem sichergestellt werden.

→ Travail.Suisse widmet dem Thema Weiterbildung am 5. Juli 2022 eine Medienkonferenz

9. Die Arbeitslosenversicherung muss Weiterbildungen stärker fördern

Noch nie waren mit 4.1 Millionen Vollzeitstellen so viele Stellen besetzt wie im ersten Quartal 2022. Trotzdem sind immer noch 175'000 Arbeitnehmende auf den RAV als stellensuchend gemeldet. Dies zeigt: Wir haben ein Problem mit struktureller Arbeitslosigkeit. Um diese zu bekämpfen, muss sie Arbeitslosenversicherung vermehrt modulhafte Weiterbildungen fördern, welche auch nach einem Stellenantritt fortgesetzt werden können. Dies ist insbesondere mit Blick auf zukünftige strukturelle Veränderungen in der Arbeitswelt dringlich.

Renten stabilisieren

10. Inflationsausgleich in der beruflichen Vorsorge

Renten aus der beruflichen Vorsorge sind nicht gegen inflationäre Entwertungen geschützt. Trotzdem haben Pensionskassen die Möglichkeit, die Renten entsprechend anzupassen. Aufgrund der in diesem Jahr zu erwartenden Inflation von 2.8% ist eine entsprechende Anpassung für Rentnerinnen und Rentner dringend notwendig.

11. Mischindex der AHV weitsichtig anpassen

Im Gegensatz zur beruflichen Vorsorge kennt die AHV mit dem Mischindex einen weitgehend automatischen Ausgleich bei Preis- und Lohnsteigerungen. Die Inflation wird in diesem Jahr deutlich ansteigen. Der Mischindex muss entsprechend den neusten Prognosen deutlich angepasst und reale Rentenverluste müssen verhindert werden.

12. Anpassung bei den Ergänzungsleistungen

Rentnerinnen und Rentner mit tiefen Renten und/oder hohen Lebenshaltungslosen erhalten zur Unterstützung Ergänzungsleistungen. Mit steigenden Preisen erfolgt keine automatische Anpassung dieser Leistungen. Folglich geraten Rentnerinnen und Rentner mit tiefen Renten durch die Inflation unter Druck. Der Bundesrat muss deshalb die Regelungen bei den Ergänzungsleistungen rasch der Realität anpassen.

Kosten dämpfen – Substitution fossiler Energieträger erleichtern

13. Keine massiven Mehrkosten durch die Reform der beruflichen Vorsorge für Versicherte mit tiefen Einkommen

Eine Reform der beruflichen Vorsorge muss die Renten für alle Versicherten sicherstellen. Gleichzeitig braucht es eine Modernisierung, damit auch Arbeitnehmende mit tiefen Einkommen oder in Teilzeitpensen – insbesondere Frauen – in Zukunft gute Renten erwirtschaften können. Die Senkung des Koordinationsabzugs führt allerdings für Versicherte mit tiefen Einkommen zu hohen Zusatzkosten. Es braucht deshalb eine Reform, welche die Renten für Versicherte mit tiefen Einkommen verbessert, ohne dass damit massive Mehrkosten für diese Versicherten entstehen. Der Sozialpartnerkompromiss ist zur Erreichung dieser Ziele ein wegweisendes Modell.

14. Erweiterung der Massnahmen für die Prämienverbilligung

Der Anstieg der Krankenkassenprämien im Jahr 2023 von prognostizierten 5-10% ist für Arbeitnehmende mit tiefen und mittleren Einkommen nicht tragbar. Es braucht deshalb dringend Massnahmen, um diesen Kostenschock zu verhindern.

15. Transportmittel unabhängige Mobilitätsgutscheine

Die Energiepreise verteuern die Mobilität. Arbeitnehmende haben nur teilweise die Möglichkeit auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Gleichzeitig besteht insbesondere für Arbeitnehmende mit tiefen und mittleren Einkommen keine Möglichkeit, über vermehrtes Homeoffice auf Mobilität zu verzichten.

Eine Benzinpreissenkung widerspricht jedoch den Klimazielen. Die steigenden Konsumentenpreise sind zudem teilweise durch den Klimawandel verursacht. Als Kompromiss soll über transportmittelunabhängige Mobilitätsgutscheine der Umstieg auf den öffentlichen Verkehr gefördert werden. Gleichzeitig sollen Arbeitnehmende, welche auf das Auto angewiesen sind, über die Mobilitätsgutscheine entlastet werden. Transportmittelunabhängige Mobilitätsgutscheine stellen einen Kompromiss zwischen einer starken Vergünstigung des öffentlichen Verkehrs und einer Senkung der Treibstoffpreise dar.

16. Massnahmen gegen zu hohe Mieten

Mieterinnen und Mieter haben alleine im letzten Jahr 10 Milliarden Franken zu viel an Miete bezahlt, wie eine aktuelle Studie des Büro BASS zeigt. Senkungen des Referenzzinssatzes erfolgten in den letzten 10 Jahren nur zögerlich. Mit steigenden Zinsen ist nun damit zu rechnen, dass die Mieten im kommenden Jahr noch stärker steigen werden. Eine Anpassung des Mietrechts, welche die Renditen beispielsweise mit einer periodischen Revisionspflicht für Vermieterinnen und Vermieter von mehreren Liegenschaften begrenzt, könnte den steigenden Kosten für die Mieterinnen und Mieter entgegenwirken.

17. Ökologisches Investitionsprogramm zugunsten von Mietwohnungen

Mieterinnen und Mieter sind stark von höheren Preisen für Heizöl und -gas betroffen. Gleichzeitig haben sie keine Möglichkeit das Heizsystem zu wechseln. Dadurch besteht ein Anreizproblem, welches die Substitution von fossilen Energieträgern verhindert. Arbeitnehmende mit tiefen Einkommen sind grösstenteils Mieterinnen und Mieter. Es braucht deshalb ein Investitionsprogramm, welches Öl- und Gasheizungen in Mietwohnungen ersetzt und hohe und stark schwankende Energiepreise nachhaltig verhindert.

18. Steuersystem überdenken

Die letzten 10 Jahre haben zu einem massiven Anstieg der Vermögen geführt, getrieben auch von der Geldschaffung verschiedener Zentralbanken. Die Vermögensungleichheit hat dadurch zuungunsten der Arbeitnehmenden mit tiefen und mittleren Einkommen ohne oder mit nur geringen Vermögen stark zugenommen. Die Schieflage bei der Vermögensverteilung muss im Steuersystem stärker berücksichtigt werden. Dies ermöglicht eine steuerliche Entlastung der Arbeitnehmenden. Arbeit soll sich lohnen. Das Postulat Rieder zur Prüfung einer Finanzierung der AHV über eine Finanztransaktionssteuer weist in die richtige Richtung.